

1831/AB
= Bundesministerium vom 29.06.2020 zu 1828/J (XXVII. GP) bmbwf.gv.at
 Bildung, Wissenschaft
 und Forschung

+43 1 531 20-0
 Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.271.388

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1828/J-NR/2020 betreffend Financial Literacy, die die Abg. Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen am 29. April 2020 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

- *Was verstehen Sie genau unter Financial Literacy?*
 - a. *Welche Probleme sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene anhand der erworbenen Financial Literacy lösen können?*
 - b. *Welche Expert_innen haben Sie bereits bei der Ausarbeitung eines Konzepts der Financial Literacy und seiner Verankerung in österreichischen Schulen zu Rate gezogen?*

Financial Literacy ist gemäß OECD „a combination of financial awareness, knowledge, skills, attitude and behaviours necessary to make sound financial decisions and ultimately achieve individual financial wellbeing“. Financial Literacy zielt daher auf eine Kombination aus finanziellem (Problem-)Bewusstsein, Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen ab, die notwendig sind, um fundierte finanzielle Entscheidungen treffen und letztendlich ein erfolgreiches, verantwortungsbewusstes Agieren in allen sich ergebenden finanziellen Handlungsfeldern erreichen zu können.

Financial Literacy ist damit ein wichtiger Teilbereich der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung. Dazu zählen sämtliche Kompetenzen, die zu einer aktiven und reflektierten Teilnahme am Wirtschaftsleben als Konsument/in, als Erwerbstätige/r, als Steuerzahler/in und als Transferempfänger/in und als wahlberechtigte/r Wirtschaftsbürger/in und Selbstständige befähigen.

Der derzeitige „Grundsatzerlass Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung“ (https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2015_15.html) gilt für alle Schulstufen aller Schularten sowie für alle Einrichtungen, an denen Lehrerinnen und Lehrer aus- bzw. fortgebildet werden. In dessen Erstellung waren die maßgeblichen Interessensvertretungen und Stakeholder eingebunden. Auf Rechercheergebnissen europäischer Lehrpläne wurde im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung eine Textgrundlage erarbeitet, die in einer Kick-Off Veranstaltung mit 120 Expertinnen und Experten aus den Pädagogischen Hochschulen, Schulen und Universitäten vorgestellt wurde und anschließend Stakeholdergruppen schriftlich und in Präsenzveranstaltungen zugeleitet wurde. Diskussionen und Rückmeldungen erfolgten u.a. von der Sozioökonomischen Gesellschaft der Österreichischen Gesellschaft für Fachdidaktik, der Wirtschaftskammer Österreich, der Industriellenvereinigung, dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, der Bundes-Landwirtschaftskammer Österreich, der Arbeiterkammer Wien sowie Verbraucherschutzeinrichtungen und NGOs.

Zu Frage 2:

- *Welche Maßnahmen werden Sie wann setzen, um Financial Literacy in den Lehrplänen der österreichischen Schulen zu verankern?*
 - a. *Welche Lehrer_innen (Fächer und Schultyp) sollen Financial Literacy unterrichten und im Rahmen welcher Fächer?*
 - b. *Ab welcher und bis zu welcher Schulstufe soll Financial Literacy in den Lehrplänen verankert werden?*
 - c. *Planen Sie eigene Materialien wie Schulbücher oder digitale Lerntools für Financial Literacy einzuführen?*
 - i. *Wenn ja, welche Materialien sind in Planung und welche Expert_innen sollen diese Materialien erarbeiten? Die Julius-Raab-Stiftung empfiehlt auf Seite 12 ihres Policy Papers Financial Literacy durch "Design-Thinking-Prozesse" und digitale Lernspiele erlebbar machen. Was haben Sie diesbezüglich schon ausgearbeitet?*
 - ii. *Wenn nein, wie sollen sich die Schüler_innen ohne vorhandene Materialien diese Grundkompetenz aneignen?*

Im Projekt Lehrplan 2020 werden die Lehrpläne der Volksschule und der Sekundarstufe I derzeit überarbeitet. Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung ist aufgrund der besonderen Bedeutung eines jener Unterrichtsprinzipien, das in den neuen Lehrplänen als „übergreifendes Thema“ besonderes Gewicht erhalten wird. Das Themenfeld wird verbindlich mit konkreten Kompetenzbeschreibungen in den verschiedenen Fachlehrplänen verankert. In der Volksschule werden die Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer Teilkompetenzen von Financial Literacy insbesondere in den Gegenständen „Sachunterricht“ und „Mathematik“ behandeln. In der Sekundarstufe I werden die Pädagoginnen und Pädagogen die Thematik insbesondere in den

Gegenständen „Geographie und Wirtschaftskunde“ sowie „Mathematik“ behandeln, aber auch in den lebenden Fremdsprachen, in „Haushalt und Ernährung“ sowie „Gesundheit und Verbraucher/innenbildung“.

Im Fachlehrplan „Geographie und Wirtschaftskunde“ werden auch Lehrstoffinhalte zu den Themenfeldern Wirtschaft, Außenwirtschaft, unternehmerisches und privates ökonomisches Handeln sowie Entrepreneurship verankert. Diese neue Lehrplangeneration wird mit Schuljahr 2023/24 aufsteigend parallel in der Volksschule und Sekundarstufe I in Kraft treten. Die Erarbeitung der Lehrpläne 2020 erfolgt durch Arbeitsgruppen bestehend aus erfahrenen Lehrkräften unter Einbindung von Expertinnen und Experten von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Das übergreifende Thema „Wirtschafts- und Verbraucher/innbildung“ wird einem Sounding durch Expertinnen und Experten unter anderem des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, des Bundesministeriums für Finanzen, der Sozialpartner, der Österreichischen Nationalbank, der Wiener Börse, der Schuldnerberatung, der Innovationsstiftung für Bildung, der Steirischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft und der Julius-Raab-Stiftung unterzogen.

Zu lit. c ist zu bemerken, dass Bildungsmedien (digital und analog) auf Basis der geltenden Lehrpläne qualitätsgesichert bzw. im Rahmen der Aktion „Unentgeltliche Schulbücher“ für geeignet erklärt werden. Die Entwicklung von Schulbüchern ist Aufgabe der Schulbuchverlage, die sich dazu an den Lehrplänen orientieren. Mit der Verordnung der neuen Lehrplangeneration müssen Schulbuchverlage ihre zur Approbation einzureichenden Schulbücher aufgrund der gesetzlichen Vorgaben dem neuen Lehrplan anpassen. Die derart erstellten Unterrichtsmaterialien werden vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung pädagogisch geprüft bzw. qualitätsgesichert. Die Inhalte Finanzbildung bilden sich entsprechend der Lehrpläne in digitalen und analogen Schulbüchern bzw. Unterrichtsmaterialien ab.

Von Seiten des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird bei allen zukünftigen Entwicklungen besonderer Wert auf die Erarbeitung digitaler Medien gelegt. Das Metadatenportal Eduthek für digitale Lehr- und Lernmaterialien weist ein Angebot für Financial Literacy für die Sekundarstufe I und II auf. Die Bildungsangebote der Österreichischen Nationalbank sind ein Teil dieses Angebots. In der Edutube, der digitalen Bildungsmedienplattform des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, stehen in Zusammenarbeit mit dem ORF-Bereich „Wirtschaft Konsum“ Bildungsmedien zur Verfügung.

Darüber hinaus besteht eine Vielzahl an Materialien zur gegenständlichen Thematik, die von Organisationen mit einschlägiger Expertise bereitgestellt und die von den Pädagoginnen und Pädagogen bundesweit einsetzen eingesetzt werden, wie etwa das

Angebot TAXEDU- Webportal des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, Materialien zur Finanzbildung der Österreichischen Nationalbank (z.B. Onlinetool Finanzcockpit), FLiP - Erste Financial Life Park, Materialien der Schuldnerberatungsstelle Oberösterreich, der Wiener Börse, des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, der Initiative für Teaching Entrepreneurship, das Projekt Youth Start, der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule, der Unternehmerführerschein, der Finanzführerschein, die Initiative Unternehmer/in macht Schule sowie Materialien der Arbeiterkammer sowie der Finanzmarktaufsicht (FMA).

Auch mit der Schriftenreihe "polis aktuell" wird auf aktuelle Themen der Financial Literacy rasch reagiert, u.a. mit folgenden Heften: Geld; Steuern- Muss das denn sein? Märkte und Moneten Wirtschaftsbildung für die Altersgruppe 8 – 12; Schon wieder kaputt?! Geplante Obsoleszenz.

Zahlreiche Materialien sind von den oben genannten Anbietern in digitaler Form zugänglich. Ziel des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist es, die Übersichtlichkeit der verfügbaren Materialien zu steigern, qualitative Standards zu definieren und damit letztlich die praktische Nutzbarkeit an den Schulen weiter zu verbessern.

Zu Frage 3:

- *Im Regierungsprogramm nennen Sie auf Seite 71 als konkretes Ziel die Teilnahme am Financial Literacy Modul des PISA-Tests.*
 - a. *Wie und in welchen Fächern sollen die Schüler_innen darauf vorbereitet werden?*
 - b. *Ab wann sollen die Schulen an diesem Testmodul frühestens bzw. spätestens teilnehmen?*

Die Vorbereitung wird – wie bereits beschrieben – im Rahmen des laut Lehrplan vorgesehenen sowie fächerübergreifenden Unterrichts erfolgen. „Financial Literacy“ ist eine umfangreiche Zusatzoption zu OECD/PISA und besteht aus einem Zusatz zum Kontextfragebogen und einer aufwändigen zusätzlichen Test-Domäne. Diese Zusatzoption zur Abtestung von Financial Literacy wird nicht bei jedem PISA-Erhebungszyklus angeboten. Mit der OECD wurden bereits entsprechend dem Regierungsprogramm Gespräche zur Aufnahme von Financial Literacy in das Projekt-Design von PISA 2021 geführt. Die OECD kann derzeit keine verbindliche Aussage treffen, ob eine Aufnahme dieser Domäne noch möglich ist.

Zu Frage 4:

- *Die Julius Raab Stiftung fordert in ihrem Policy Paper einen größeren Fokus auf Financial Literacy in der Lehrendenausbildung. Wie wollen Sie dieser Forderung gerecht werden? Wie werden Sie Lehrer_innen konkret aus- und weiterbilden, damit diese Financial Literacy unterrichten können?*

a. Auf Seite 10 des Policy Papers der Julius Raab Stiftung wird das Anliegen beschrieben, Lehrende praxisorientiert für Wirtschafts- und Finanzkompetenz zu begeistern, z.B. in Unternehmen oder in der öffentlichen Verwaltung. Werden Sie hier den Forderungen der Julius Raab Stiftung nachkommen und das Fortbildungsmonopol der Pädagogischen Hochschulen auflockern, um den Lehrkräften die bestmögliche Weiterbildung im Bereich Financial Literacy garantieren zu können?

Zum Thema Financial Literacy finden regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen an den Pädagogischen Hochschulen in Kooperation mit externen Partnern statt. Bereits seit einiger Zeit werden Fortbildungen zum Thema Financial Literacy an den Pädagogischen Hochschulen angeboten, die eine weitgehende Einbindung von Expertinnen und Experten zum Thema Financial Literacy haben. Die Fortbildungen werden in Kooperation mit namhaften Organisationen wie der Österreichischen Nationalbank und der Wiener Börse durchgeführt.

Die Curricula der Pädagogischen Hochschulen unterliegen einem vom Qualitätssicherungsrat für Pädagoginnen- und Pädagogenbildung (QSR) begleiteten Monitoring und werden stetig weiterentwickelt. Umfassende Änderungen der Curricula für Lehramtsstudien sollen erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Ergebnisse der Evaluierung der Studienangebote auf Grundlage der „Pädagog/innenbildung NEU“ vorliegen.

Zu Frage 5:

- *Die Julius Raab Stiftung fordert, das Schulsystem durchlässiger für Personen mit Praxiserfahrung in der Wirtschaft zu machen. Welche Anreize und Einstiegsmöglichkeiten an Schulen für Menschen mit dementsprechendem Hintergrund werden Sie schaffen?*

Für Menschen mit wirtschaftsberuflichem Hintergrund, die den Lehrberuf ergreifen möchten, ist die Durchlässigkeit bereits jetzt gegeben. Praktikerinnen und Praktiker können beispielsweise berufsbegleitend das Masterstudium der Wirtschaftspädagogik belegen, um anschließend in der Sekundarstufe II kaufmännische Gegenstände zu unterrichten. Darüber hinaus ist es in allen Schulstufen möglich, Expertinnen und Experten aus der Praxis in den Bildungsprozess einzubeziehen, sei es in Form von Lehrbeauftragten oder von Sonderverträgen oder im Rahmen eines Unterrichtsprojekts.

Zu Frage 6:

- *Die Julius Raab Stiftung fordert auf Seite 11 ihres Policy Papers eine verpflichtende Berufsbildungswoche für Schüler_innen ab der 7. Schulstufe. Werden Sie dieser Forderung nachkommen? Wenn ja, in welchem Zeitrahmen und verbunden mit welchen Kosten? Wenn nein, wieso nicht?*

Realbegegnungen im Rahmen der Maßnahmen zur Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf bzw. als Teil des Berufsorientierungsunterrichts haben eine große Bedeutung. Die Realbegegnungen sollten individuell an die Interessenslagen der jeweiligen Schülerinnen und Schüler anknüpfen. Dieser Individualisierung wird durch § 13b des Schulunterrichtsgesetzes (Individuelle Berufsorientierung) Rechnung getragen, wonach Schülerinnen und Schüler ab der 8. Schulstufe zum Zweck der individuellen Berufs(bildungs)orientierung an bis zu fünf Tagen pro Unterrichtsjahr dem Unterricht fern bleiben können. Für die 8. Schulstufe gibt es die Möglichkeit von Realbegegnungen in dem genannten Ausmaß somit bereits. Im Rahmen des Pädagogik-Pakets werden derzeit Maßnahmen vorbereitet, die bereits auf der 7. Schulstufe wirksam werden (z. B. ein Berufsorientierungs-Tool als verpflichtender Teil des Berufsorientierungsunterrichts in der 7. Schulstufe). Eine verpflichtende Berufsbildungswoche in der 7. Schulstufe ist nicht geplant.

Zu Frage 7:

- *Im Regierungsprogramm heißt es, sie wollen "Lebenslange, berufsbegleitende Lehrangebote zum Kapitalmarkt mit privaten Partnern, um gesamtgesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen". (Regierungsprogramm 2020, S.71) Was stellen Sie sich genau darunter vor?*
- *a. Wie planen Sie diese Angebote zu schaffen und Menschen zu motivieren diese in Anspruch zu nehmen?*
- *b. Falls Sie bereits Angebote geschaffen haben, wie bewerben Sie diese?*

Private bzw. externe Partner, wie beispielsweise die Österreichische Nationalbank (OeNB), FLIP - Erste Financial Life Park, die Schuldnerberatung oder die Wiener Börse verfügen über umfangreiche Erfahrungen im Aufbau von Financial Literacy. Diese Angebote gilt es wie oben bereits erwähnt gegebenenfalls zu bündeln und qualitätsgesichert zu verbreiten.

Angebote zur Wirtschafts- und Finanzbildung liegen – wie gleichfalls bereits beschrieben – zahlreich vor. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung nimmt darüber hinaus auch am „Round Table“ der OeNB teil. Hierbei handelt es sich um einen zwei Mal jährlich stattfindenden Austausch zum Thema Finanzbildung, an dem neben dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung u.a. das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Vertreterinnen und Vertreter der OeNB, der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer, der Schuldnerberatung, der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Wien, der Industriellenvereinigung, der Innovationsstiftung für Bildung und der Finanzmarktaufsicht teilnehmen. Ziel ist einerseits der Austausch der nichtkommerziellen Akteure im Feld der Finanzbildung sowie die Fördierung des übergeordneten Ziels einer verbesserten Finanzbildung für die österreichische Bevölkerung.

Die Angebote werden über die standardisierten Informationswege des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung kommuniziert. Alle Fortbildungsveranstaltungen, die über die Pädagogischen Hochschulen abgewickelt werden, sind in den jeweiligen Fortbildungsprogrammen enthalten. Diese ergehen an alle Schulleitungen sowie an alle Pädagoginnen und Pädagogen.

Wien, 29. Juni 2020

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann eh.

